

Gehalt der IHK-Chefin im Visier

Kammer-Kritiker fordern geringere Vergütung von Sybille von Obernitz

VON NICOLE SCHIPPERS

Kassel – Die Wahl der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer (IHK) Kassel-Marburg läuft. Bis zum 19. Februar können die gut 86 000 Mitgliedsbetriebe über das sogenannte Parlament der Wirtschaft abstimmen. 269 Kandidaten werfen ihren Hut in den Ring, darunter auch 33 Mitglieder des Bündnisses „Jetzt – IHK-Wahlen nutzen – Zwangsbeiträge abschaffen“.

Die Kammer-Kritiker um den Kasseler Unternehmer Kai Boeddinghaus, den Kaufmann Robert Aschoff (Edeka) und die Verlegerin Renate Matthei fordern mehr Transparenz und Demokratie in den Gremien. Sie lehnen den bestehenden Kammerzwang und die Pflichtbeiträge kategorisch ab, kritisieren die Rücklagen der IHK als zu hoch und fordern eine Absenkung des Gehalts der IHK-Hauptgeschäftsführerin Sybille von Obernitz.

Die Pflichtbeiträge

Die Kritik: Abschaffen will das Bündnis, das seit der letzten Wahl 2014 mit 15 Mitgliedern in der Vollversammlung vertreten ist, die Pflichtmitgliedschaft in der IHK sowie die damit verbundene Beitragspflicht. „Eine moderne dienstleistungsorientierte IHK“ überzeuge durch Leistung und habe es nicht nötig, „sich mit Zwang Mitglieder zu verschaffen“, heißt es auf dessen Internetseite.

Das sagt die IHK: Ein Abschaffen der IHK-Beiträge sei aus rechtlichen Gründen nicht möglich, teilt die Kammer mit. Die IHK stützt sich dabei auf das Urteil vom Bundesverfassungsgericht von 2017, das damals eine entsprechende Klage von Kammer-Kritiker Kai Boeddinghaus abgewiesen hatte. Demzufolge sind die gesetzliche



Wahlkampf in der IHK Kassel-Marburg: Kammer-Kritiker beanstanden unter anderem die Höhe der Vergütung von IHK-Hauptgeschäftsführerin Sybille von Obernitz.

Mitgliedschaft sowie die Pflichtbeiträge mit dem Grundgesetz vereinbar. Zudem sei eine deutliche Reduzierung der IHK-Beiträge nur mit dem Abbau von Beratungsleistungen für die Unternehmen und/oder mit einer starken Erhöhung zum Beispiel der Aus- und Weiterbildungsgebühren möglich.

Die Rücklagen

Die Kritik: Das Bündnis fordert, die aus seiner Sicht „millionenschweren überflüssigen und rechtswidrigen Rücklagen der IHK“ abzubauen.

Das sagt die IHK: Die IHK sei zur Bildung von Rücklagen nicht nur berechtigt, sondern „im Interesse einer ordnungsgemäßen Haushaltsführung“ sogar verpflichtet. Es sei die Aufgabe und besondere Verantwortung der IHK, „möglichst unabhängig von konjunkturellen Schwankungen“ ihren Aufgaben nachkommen zu können. Zudem verweist die IHK darauf, dass jeder Wirtschaftsplan im Haushaltsausschuss der Voll-

versammlung beraten und demokratisch beschlossen werde. „Alle diesbezüglichen Zahlen und Fakten waren und sind für alle Mitglieder transparent.“

Die Vergütung

Die Kritik: Ein Dorn im Auge ist den IHK-Kritikern auch das Gehalt der IHK-Hauptgeschäftsführerin Sybille von Obernitz. Deren Gesamtvergütung von fast 250 000 Euro jährlich sei maßlos überzogen. Maximal 120 000 Euro seien „ein stattliches Gehalt und völlig ausreichend“, heißt es im Wahlkampf-Flyer des Bündnisses. „Wir sehen uns hier im Einklang mit den Forderungen etlicher Landesrechnungshöfe“, betont Re-

nate Matthei. Zum Hintergrund: In mehreren Bundesländern haben Rechnungshöfe die Gehälter von IHK-Geschäftsführern beanstandet. Die Behörde prüft die Haushaltsführung der Kammern auf Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit, denn schließlich finanzieren sie sich aus Pflichtbeiträgen ihrer Mitgliedsunternehmen. Bemängelt wurde unter anderem die Vergütung des Chefs der Kölner IHK, Ulf Reichardt, die sich in Summe auf 380 000 Euro jährlich beläuft.

Das sagt die IHK: Laut IHK ist die Höhe der Vergütung

der Hauptgeschäftsführerin von der Vollversammlung mehrheitlich beschlossen worden und Grundlage einer vertraglichen Vereinbarung. „Ein Gehaltsvergleich mit vergleichbaren Positionen zeigt, dass eine Begrenzung der Vergütung auf maximal 120 000 Euro pro Jahr nicht einer leistungsgerechten Bezahlung entspricht.“ Gehaltsvergleiche mit dem Öffentlichen Dienst seien nicht angezeigt, weil zum Beispiel Pensionsansparungen wie im Öffentlichen Dienst nicht mit einbezogen würden.

HINTERGRUND

269 Kandidaten stehen zur Wahl

Bis zum 19. Februar, 12 Uhr, sind rund 86 000 Mitglieder aufgerufen, die Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer (IHK) Kassel-Marburg zu wählen. 77 Mandate sind in der Vollversammlung, dem sogenannten Parlament der Wirtschaft, zu vergeben. Hinzu kommen 150 Sitze in den Regionalausschüssen. 269 Kandidaten aus den Branchen Industrie, Handel und Dienstleistungen stehen zur Wahl.

kandidaten.ihk-kassel.de

Das verdienen andere Chefs in Kassel pro Jahr

Nachfolgend die offengelegten Jahresgehälter einer Auswahl von Behörden- und Unternehmenschefs in Kassel. Die Angaben haben wir auf Anfrage erhalten oder der Offenlegung im aktuellsten Beteiligungsbericht der Stadt Kassel entnommen. Dieser Bericht über die Kapitalbeteiligungen stammt aus dem Jahr 2015, bezieht sich also auf die jeweiligen Jahresabschlüsse der Gesellschaften 2015. aha

Christian Geselle

Oberbürgermeister der Stadt Kassel:
132 058 Euro



Michael Maxelon

Kasseler Verkehrs- und Versorgungsgesellschaft (KVV):
370 000 Euro



Karsten Honsel

Vorstand Gesundheits Holding Nordhessen Holding GNH/Klinikum:
263 132 Euro



Birgit Dilchert

Arbeitsdirektorin Gesundheit Nordhessen Holding GNH:
234 555 Euro



Kai Lorenz Wittrock

Wirtschaftsförderung Region Kassel GmbH:
120 779 Euro



Martin Hein

Bischof Evangelische Landeskirche Kurhessen-Waldeck:
121 594 Euro



Peter Ley

GWG Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Kassel:
204 336 Euro



Kai Boeddinghaus
Sprecher des Bündnisses „Jetzt“



Sybille von Obernitz
IHK-Hauptgeschäftsführerin